

Kirche ist Diakonie – Diakonie ist Kirche

Landesbischof Dr. h. c. Frank Otfried July führte in seinem Bericht aus, wie Kirche und Diakonie einander brauchen und fördern. Er sprach im Wechsel mit Oberkirchenrat Dieter Kaufmann, dem scheidenden Vorstandsvorsitzenden des Diakonischen Werks Württemberg.

In Zeiten der Corona-Pandemie würden Einrichtungen der Diakonie – ob Pflegeheime, Krankenhäuser oder Behinderteneinrichtungen – wie selten zuvor wahrgenommen, machte der Landesbischof deutlich. „Hier erwartet man in besonderer Weise einen angemessenen Umgang mit Menschen in besonderen Notlagen.“ Gerade Menschen, die der Kirche fernstünden, erlebten kirchliches Leben und Handeln dort als besonders glaubwürdig und angemessen, wo die Kirche Alten, Kranken, Schwachen helfe, wo sie sich für die Rechte von Unterdrückten und Schutzbedürftigen einsetze oder Menschen in akuten Notlagen berate.

„Die Diakonie erfüllt nicht nur ihren kirchlichen Auftrag, sondern schafft auch Zugänge zum Glauben“, ist Oberkirchenrat Dieter Kaufmann überzeugt. Nur gemeinsam könnten Kirche und Diakonie sich für eine stärkere gesellschaftliche und politische Wertschätzung sozialer Berufe und Tätigkeiten einsetzen. Formen diakonischen Engagements, etwa in Vesperkirchen oder Flüchtlingsarbeit, würden zum Mitwirken einladen. „Manches Kirchenmitglied findet dadurch aus der Distanz in die Nähe seiner Gemeinde.“ July wies auf die Situation von Familien mit Kindern mit Behinderung hin. Ihnen drohe gesellschaftliche Ausgrenzung. Der Wert der Geburt und des Aufwachsens von diesen Kindern werde in Zweifel gestellt und ihnen immer häufiger ihr fundamentales Recht auf Leben abgesprochen.



Landesbischof Dr. h. c. Frank Otfried July hielt seinen Bischofsbericht diesmal zusammen mit Oberkirchenrat Dieter Kaufmann, dem scheidenden Diakonievorsitzenden.

Für die Arbeit der Diakonie gab es viel Lob. In der Aussprache forderten mehrere Synodale ein klareres christliches Profil bei der diakonischen Arbeit. Daneben wurde die Forderung laut, Leitungsämter in der Diakonie auch für Menschen zu öffnen, die keiner Kirche der Arbeits-

gemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) angehören. Gleich mehrere Synodale äußerten ihre Sorgen, dass Diakoniestationen und Einrichtungen im mitunter harten Wettbewerb nicht mithalten und verstärkt in freie Trägerschaft abwandern könnten.

Aus dem Inhalt

3/2020

Landeskirchlicher
Haushalt

Seite 2-4

Strategische
Planung

Seite 5

Bericht zur
Verfolgungssituation

Seite 6

Langzeitarbeitslose weiter fördern

Maßnahmen zur Förderung langzeitarbeitsloser Menschen kommen bei den Betroffenen gut an, berichtete der Diakonie-Ausschussvorsitzende Jörg Beurer. Er fasste in seinem Bericht zusammen, dass sich Kirche und Diakonie seit den 1970er Jahren in immer neuen Ansätzen für die Rückkehr insbesondere Langzeitarbeitsloser in den Arbeitsmarkt engagiert hätten. Hintergrund sei, dass die Chancen auf eine Integration in den Arbeitsmarkt mit fortschreitender Dauer der Arbeitslosigkeit sanken, während Armutsrisiko und Armut stiegen. Die Kirche müsse ihren Platz an der Seite dieser Menschen einnehmen.

Jörg Beurer wies auf das Programm „Kirche trotz Armut und Ausgrenzung“ mit Beschäftigungs- und Teilhabegutscheinen hin, das 2013 startete, 2016 verlängert wurde und 2020 endete. Als wirksam hätten sich nicht nur die konkrete Hilfe und Begleitung erweisen. Die Maßnahmen wirkten auch in Bezug auf die diakonische Gemeindeentwicklung, sie wiesen auf notwendiges staatliches Handeln hin und sendeten Signale an die Öffentlichkeit, zur Wahrnehmung von Not und über den christlichen Glauben.

Nach Breuers Bericht entschied die Landessynode, der Oberkirchenrat solle prüfen, wie Hilfen zur Förderung der Teilhabe für langzeitarbeitslose und benachteiligte Menschen fortgesetzt werden können. Dies solle in vertiefter Zusammenarbeit von diakonischen Einrichtungen und Kirchengemeinden erfolgen. Bereits durchgeführte Maßnahmen sollten überprüft und ausgewertet werden. Es sei wichtig, dass das Diakonische Werk trotz des Rückgangs des Kirchensteueraufkommens Umsetzungskonzepte vorlege. Breuer sagte, es gelte, als Kirche einem drohenden Bruch in der Gesellschaft entgegenzuwirken.

In der Aussprache betonte der Synodale Martin Wurster (Schömborg-Langenbrand), wie wichtig es sei zu prüfen, wie die Kirche Menschen in dieser prekären Situation unterstützen könne.

Haushalt beschlossen

Der Haushalt für 2021 sieht 2,5 Millionen Euro zusätzlich für die Gemeinden als Corona-Hilfe vor. Einigkeit herrschte in der Debatte darüber, dass angesichts künftig weiter sinkender Mitgliederzahlen und Einnahmen im kommenden Jahr klare Prioritätensetzungen für die Arbeit der Landeskirche erfolgen müssen.

Die erste Haushaltsberatung für die neuen Landessynodalen begann klassisch mit der Einbringungsrede des Finanzdezernenten, Oberkirchenrat Dr. Martin Kastrup. Und auch die Haushaltssystematik ist neu – schon vor längerem war beschlossen worden, im Jahr 2021 die Umstellung des Rechnungswesens von einem kameralistischen zu einem dop-pischen System vorzunehmen. Dies habe auch die Fertigstellung des Haushaltes verzögert, so Kastrup. Dafür biete er eine bessere Übersicht und klarere Zuordnungen. Nachdem die Kirchensteuereinnahmen im Jahr 2019 mit 790 Millionen Euro einen neuen Höchststand erreicht hatten, seien sie im Jahr 2020 Corona-bedingt bisher um gut zehn Prozent zurückgegangen. Der Haushaltsansatz für 2021 liegt bei 727 Millionen Euro. 2,5 Millionen Euro davon gehen als Sonderzuweisung zusätzlich an die Kirchengemeinden, damit diesen ein kleiner finanzieller Spielraum eröffnet wird, um

Kürzungen abzumildern und Verluste auszugleichen.

„Fachlich werden die Strategischen Felder ‚Familie‘, ‚Kommunikation‘, ‚Personalmanagement‘ und ‚Digitalisierung‘ fortgeführt. In diesem Jahr bestanden aufgrund der Umstände weder Zeit noch Ressourcen, große neue Schwerpunkte auszubauen“, so Kastrup. „Stattdessen wurde über eine Haushaltssperre versucht, nicht zwingende Maßnahmen zu verschieben oder gänzlich zu kürzen.“

Nach wie vor sind im Bereich der Landeskirche die Personalkosten mit rund 350 Millionen Euro der größte Posten, dazu kommen 114 Millionen Euro für Personen in Ruhestand oder Pension. Weiterhin gibt die Landeskirche für die Arbeit mit Flüchtlingen (Flüchtlingspaket IV) zwei Millionen und für die nachhaltige Sicherung der Hochschule Ludwigsburg 1,2 Millionen Euro aus, verzeichnet ist ebenso die zweite Tranche für den Bau des OKR-Verwaltungsgebäudes



Der Haushalt war eines der zentralen Themen bei der Herbstsynode. Eingebbracht wurde er von Finanzdezernent Martin Kastrup.



Abstand und Maske waren ein Muss bei der hybriden Herbsttagung 2020. Die meisten der 91 Synodalen verfolgten das Geschehen am heimischen PC.

von 26,5 Millionen sowie 1,1 Millionen Euro für die Modernisierung der evangelischen Mutter-Kind-Kurklinik in Scheidegg.

Der Vorsitzende des Finanzausschusses, Tobias Geiger, sieht große Aufgaben auf die Landeskirche zukommen. Jetzt könne durch hohe Entnahmen aus den Ausgleichsrücklagen die Situation noch abgemildert werden. Allerdings: „Mit dem Haushalt 2021 beschließen wir weder Kürzungen noch Einsparungen, sondern höhere Ausgaben. Die Folge ist ein negatives Gesamtergebnis, das

wir durch höhere Entnahmen aus den Rücklagen ausgleichen müssen – in Summe rund 100 Millionen Euro.“ Geiger warb für eine Diskussion darüber, welche Schwerpunkte die Landeskirche setzen will. „Die zurückgehenden finanziellen Ressourcen zwingen uns zu einer Priorisierung. Wir müssen uns fragen, welche Arbeitsgebiete wir bei zurückgehenden Mitgliederzahlen in welchem Umfang finanzieren können.“ Die Kirchengemeinden seien der Landeskirche mit den umgesetzten Pfarrplänen, Fusionen und

schmerzhaften Immobilienkonzepten vorausgegangen, „um Synergieeffekte zu nutzen und Doppelstrukturen abzubauen. Unsere Aufgabe als Landessynode ist nichts anderes als das, was in unseren Kirchengemeinden und -bezirken seit Jahren geschieht.“

Hansjörg Frank, Vorsitzender des Ausschusses für die Verteilung der Mittel des Ausgleichsstocks, berichtete, dass trotz der Corona-Pandemie die Zahl der Anträge an den Ausgleichsstock nicht rückläufig sei. „Mehrere große Bauvorhaben sind in einer intensiven Planungsphase, und es ist fraglich, ob sie angesichts der zu erwartenden Einnahmerückgänge bei Opfern, Spenden und freiwilligen Gemeindebeiträgen überhaupt noch realisiert werden können“, so Frank. Für bereits zugesagte Förderungen gelte jedoch, dass sie eingehalten werden, weil entsprechende Summen dafür reserviert wurden. In der Aussprache beschloss die Synode noch zwei Änderungen zum Haushalt: Die halbe Stelle für Friedenspädagogik soll bis zum Jahresende 2021 verlängert werden, und die Zuführung an die Evangelische Versorgungsstiftung in Höhe von 55 Millionen Euro wird bis zu weiteren Ausschussberatungen mit einem Sperrvermerk versehen.



Finanzausschussvorsitzender Tobias Geiger forderte eine Priorisierung der Schwerpunkte landeskirchlicher Arbeit.

„Keine Kirche, die sich um sich selber dreht“

So haben sich die Gesprächskreise in ihren Voten zum Haushalt 2021 geäußert:

Für die **Offene Kirche** kritisierte Eckart Schultz-Berg, dass der Haushalt für 2021 keine Erhöhung der Verteilbeträge an die Gemeinden enthalte, sondern diese faktisch über die Sonderzahlung nur um ein Prozent erhöht würden. Weiterhin fehle ein Plan, wie die künftig notwendigen Kürzungen durch Schwerpunktsetzungen anders als pauschal vorzunehmen seien. Schultz-Berg warnte – auch vor dem Hintergrund der im Mai erlassenen Haushaltssperre des Oberkirchenrats – davor, „schnell, panisch und heftig zu reagieren“. Bei künftigen Schwerpunktsetzungen seien nicht nur die aktiven Kernmitglieder in den Blick zu nehmen, sondern auch die Kirchensteuerzahler, „die ihrer Kirche treu sind, auch wenn sie nicht wöchentlich praktizieren“. Die Offene Kirche wolle keine Kirche, die sich um sich selber drehe, sondern über den Tellerrand hinausblicke und gesellschaftlich wirksam sei.

Im Haushalt 2021 sei der Rotstift nicht ausreichend angesetzt worden, kritisierte Christian Nathan für den Gesprächskreis **Lebendige Gemeinde**, denn das Volumen steige um drei Prozent. Andererseits schaffe der Griff in die Rücklagen zeitlichen Spielraum für strategische Überlegungen. Nathan warb dafür, sich auf Kriterien zur Bestimmung von künftigen Prioritäten und Posterioritäten zu verständigen, dabei komme dem Sonderausschuss große Bedeutung zu. Er formulierte drei für die Lebendige Gemeinde wichtige Kriterien: zunächst Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit, wie sie sich etwa im neuen Umweltreferat und im Neubau des OKR-Dienstgebäudes widerspiegeln. Der Finanzbedarf des Pfarrdienstes jedoch schränke Handlungsspielräume ein, deshalb müsse die Verbeamtung von Pfarrpersonen diskutiert werden. Als weiteres Kriterium nannte Nathan den Schwerpunkt gemeindliche Arbeit, in der die kirchliche Sozialisation stattfinde sowie

Verkündigung, Seelsorge, Bildung und Diakonie. Dritter Prüfstein sei, wo Glaubensgemeinschaft stattfindet.

Dr. Harry Jungbauer betonte im Votum des Gesprächskreises **Evangelium und Kirche**, die Synode müsse sich dringend in Gesprächskreisen und Ausschüssen intensiv mit wirksamen Einsparungen befassen. Nur so sei es zu verhindern, dass entweder die Kirchenleitung Synodalbeschlüsse „durch eigene Sparmaßnahmen korrigieren“ würde oder die Kirche die Chancen künftiger Generationen verspiele. Die Synode müsse klare Schwerpunkte setzen. Mit dem Haushalt 2021 sei der Gesprächskreis einverstanden, auch wenn er nur durch Rücklagenentnahme zu finanzieren sei. Aber schon 2022 müsse es „zu starken Einschnitten kommen“. Jungbauer betonte, die neue doppische Haushaltssystematik sei hilfreich und Sorge für mehr Transparenz, auch wenn es noch Verbesserungspotenziale gebe.

Götz Kanzleiter blickte für **Kirche für morgen** beunruhigt auf die aktuelle finanzielle Entwicklung in der Landeskirche: „Wir realisieren nach vielen fetten Jahren einen signifikanten Rückgang unserer Einnahmen.“ Dies zwingt zu Posterioritäten und Kürzungen, etwa bei den Personalausgaben und Gebäudeaufwendungen. Denn das Finanzproblem sei nicht allein der Corona-Krise geschuldet. „Wir verlieren ständig Mitglieder und haben noch keine klare Strategie, was wir dagegen tun können und was wir in unserer Kirche verändern müssen.“ Kirche für morgen verwehre sich dagegen, Sparmaßnahmen nach dem Rasenmäher-Prinzip durchzuführen. „Wir brauchen Schwerpunktsetzungen unter dem Primat der Erneuerung“, sagte Kanzleiter. Wichtig seien Beteiligungsprozesse und Gemeindeentwicklungspläne, die haupt- und ehrenamtliche Mitarbeitende auf allen Ebenen mitnehmen.



Bei der Herbsttagung erinnerten die Rosen noch an den vergangenen Sommer, während der Weihnachtsbaum schon auf den Advent einstimmte.

Mit Plan in die Zukunft

Die Personalstrukturplanung Pfarrdienst helfe, Veränderungen im hauptamtlichen Pfarrdienst verlässlich zu planen, erläuterte Personaldezernentin Oberkirchenrätin Kathrin Nothacker. In 2008, dem Basisjahr ihres Berichts, befanden sich 2009 Personen im Pfarrdienst. Die Zahl der Gemeindeglieder, für die ein vollbeschäftigter Pfarrer zuständig ist, wird bis 2030 auf 1763 steigen. Ab dem Jahr 2032 wird die Zahl der Vikarinnen und Vikare von 46 auf 28 pro Jahr abgesenkt. Derzeit könnten aber alle, die auf der Liste der Theologiestudierenden stehen und geeignet sind, auch in den Vorbereitungsdienst aufgenommen werden, so Nothacker. Herausforderungen sieht die Oberkirchenrätin unter anderem in den steigenden Personalkosten für Pfarrerinnen und Pfarrer und der Gewinnung von Studierenden. Auch die Gewinnung von Religionspädagogen sei schwierig, so Kirchenrätin Carmen Rivuzumwami in ihrem Bericht zur Personalstrukturplanung RelPäd. Bis 2030 zeige sich „ein stark steigender Stellenmangel“, obwohl seit 2018 acht neue Stellen pro Jahr für Religionspädagoginnen und -pädagogen eingerichtet wurden. Ab dem Haushaltsjahr 2021 sollen diese nicht mehr aus Rücklagen finanziert werden, sondern aus Kirchensteuermitteln.

In der Aussprache zu den Personalstrukturplanungen warb Matthias Böhler (Besigheim) für mehr alternative Zugänge in den Pfarrberuf. Denn viele Menschen würden die akademische Sprache im Theologiestudium nicht verstehen. Dem widersprach Thorsten Volz (Ludwigsburg): Für eine reformatorische Kirche müsse das Studium der erste Zugang bleiben. Maike Sachs (St. Johann-Gächingen) betonte, wie wichtig Vorbilder seien. Deshalb müsse um Nachwuchs für Pfarrberuf und Religionsunterricht geworben werden. Die Vernetzung von Schule und Jugendarbeit ermögliche es Jugendlichen, an der Gemeinde anzudocken, stellte Holger Stähle (Schwäbisch Hall) fest.



Stefan Werner, der Direktor des Oberkirchenrates, erstattete der Synode Bericht über die strategische Planung der Landeskirche.

Planung angesichts des Wandels

Die Wichtigkeit echter Schwerpunktsetzung betonte OKR-Direktor Werner in seinem Bericht zur strategischen Planung.

Zuletzt hätten die Berichte zur Strategischen Planung unter dem Programmsatz „Weniger ist mehr“ gestanden. Corona-Krise und Mitgliederschwund zwängen nun zu weiterer Konzentration. Es gehe im Rahmen der strategischen Planung um eine Perspektive bis zum Jahr 2030.

Als Kernthemen nannte Werner die Stärkung des Pfarrdienstes, den Bildungsgesamtplan und das diakonische Wirken.

Organisationsziele seien die Verbesserung der Kommunikation zwischen dem Oberkirchenrat und der Landessynode, Nachhaltigkeit der Finanzierung, Wahrnehmung der Kirche als attraktive Arbeitgeberin, Sicherung der Symbolkraft der Kirchengebäude (Immobilienstrategie), die digitale Roadmap, Überarbeitung der Finanzsystematik des landeskirchlichen Haushalts, Klimaneutralität sowie die Optimierung des Servicecharakters der Verwaltung.

Angeichts sich wandelnder Bedingungen und begrenzter Ressourcen sei es wichtig, sich auf Ziele zu konzentrieren und Schwerpunkte zu

setzen. Die Kirche müsse darin erkennbar sein, dass sie christliche Hoffnung ausstrahle und erlebbar mache.

In ihren Voten betonten die Gesprächskreise, dass die finanzielle Basis der Planung gemeinsam erarbeitet werden müsse. Der Gesprächskreis Offene Kirche mahnte, es fehle die Klimagerechtigkeit als Kernthema sowie eine Vision von Kirche. Der Gesprächskreis Lebendige Gemeinde betonte, eine strategische Planung müsse den Auftrag Jesu berücksichtigen und dürfe nicht defensiv sein. Bei Verkündigung und Seelsorge komme es nicht allein auf den Pfarrdienst an.

Die Bedeutung von Vorbildern bei der Gewinnung von Nachwuchs betonte der Gesprächskreis Evangelium und Kirche, und forderte dazu auf, die Diakonie in einer breiten medialen Kampagne der Öffentlichkeit nahezu-bringen. Der Gesprächskreis Kirche für morgen fragte nach dem Zielbild der Kirche für 2030. Er regte eine Fokussierung beim Thema Bildung an und erinnerte an die Situation der Tagungshäuser.



Gottesdienst zum Auftakt

Mit einem Gottesdienst starteten die Synodalen am Donnerstag in ihre dreitägige hybride Herbsttagung unter dem Motto „Synode in Zeiten von Corona“. Während im Hospitalhof das Singen aus Gründen des Corona-Schutzes untersagt war, konnten die Synodalen daheim laut mitsingen. Am Samstag beteten die Synodalen unter anderem für die unter Verfolgung leidenden Gläubigen in anderen Ländern.

Kongress für Innovation

Mit deutlicher Mehrheit hat die Synode für einen Gemeinde- und Innovationskongress votiert. Dieser soll laut Antragsbegründung „Inspiration und Ermutigung für innovatives Handeln in bestehenden Strukturen und für mutige Aufbrüche hin zu neuen Zielgruppen“ sein. In den Blick genommen werden sollen vor allem Pfarrerschaft und Kirchengemeinderäte sowie weitere interessierte Haupt- und Ehrenamtliche. Zu den möglichen Themen zählen Zukunftsstrategien, Neue Aufbrüche, Impulse aus dem Netzwerk FreshX sowie Modelle aus anderen Landeskirchen. Der Kongress könne laut Kai Münzing, dem Vorsitzenden des Ausschusses für Kirchen- und Gemeindeentwicklung, neue Anregungen für die Entwicklungsprozesse vor Ort bieten, etwa durch Referate, Seminare, Austauschrunden und Best-Practice-Modelle.

Zugrunde liege unter anderem die Frage, wie Menschen aus bisher unerreichten Milieus mit der Botschaft des Evangeliums erreicht werden können und welche Formate für die Gemeindearbeit der Zukunft tragfähig sind. Bewusst sollen auch EKD-weite Impulse sowie Beispiele aus der weltweiten Kirche mit aufgenommen werden. Viele Gemeinden hätten durch die Corona-Einschränkungen Quantensprünge gemacht, vor allem auch im Hinblick auf digitale Formate, hieß es in der Antragsbegründung. „Gerade diese Erkenntnisse gilt es in einem solchen zeitnah durchzuführenden Kongress aufzugreifen und dort die Plattform zu schaffen, Erfahrungen austauschen zu können.“ Sinnvoll und notwendig sei vor einem solchen Kongress eine Einschätzung der vorhandenen Vielfalt innerhalb der Landeskirche, im ökumenischen Blick und über die Landeskirche hinaus.

Der zeitliche Horizont, also wann der Kongress stattfinden könnte, ist wegen der Corona-Einschränkungen derzeit noch unklar. Der Oberkirchenrat soll die Mittel in die Mittelfristige Finanzplanung 2021–2025 aufnehmen.

„Mitbeten ist notwendig“

Kirchenrat Klaus Rieth berichtete über die weltweit zunehmende Einschränkung der Religionsfreiheit.

„Wir dürfen den Fundamentalisten, die die Freiheit hassen, nicht das Feld überlassen“ – diese Forderung der ehemaligen Ratsvorsitzenden der EKD, Dr. Margot Käßmann, unterstrich Kirchenrat Klaus Rieth in seinem Bericht über weltweite Verfolgungssituationen. Er bezeichnete den Fundamentalismus als das größte Motiv für die stark zunehmende Bedrängung religiöser Minderheiten. Christen hätten darunter im hohen Maß zu leiden.

Daneben stünden nationalistische, politische, stammesrechtliche, ethnische und wirtschaftliche Motive. Dies zeigte er u. a. am Beispiel des jüngsten Konflikts in der Region Bergkarabach. „Einfache Antworten oder Patentrezepte gibt es nicht“. Rieth rief auf, für ein besseres Verständnis solcher Situationen „auch die Expertise der ökumenischen Geschwister zu nutzen“ und sich mit den Menschen vor Ort abzustimmen. Neben konkreter Hilfe sei „unser Mitdenken und vor allem unser Mitbeten“ notwendig.

Derzeit seien 79,5 Millionen Menschen auf der Flucht vor Krieg, Terror, Folter, Hunger, Vertreibung und Verfolgung – neun Millionen Menschen mehr als im Vorjahr, so Rieth. Mit Blick auf Griechenland, die Türkei und Italien appellierte er an die EU: „Ein Kontinent, der sich als christliches Abendland bezeichnet, sollte hier deutlicher seine Aufgabe gegenüber den Notleidenden wahrnehmen, als das derzeit der Fall ist. Ansonsten sind die sogenannten Werte der europäischen Wertegemeinschaft nicht das Papier wert, auf dem sie stehen.“

In der Aussprache äußerten sich mehrere Synodale tief bewegt über das Leiden, das Menschen wegen ihres Glaubens erleben. Klaus Rieth wies darauf hin, dass öffentliche Solidarität in Verfolgungssituationen immer wieder zum Erfolg geführt habe. Hans-Ulrich Probst (Tübingen) warnte vor einer vorschnellen Solidarität mit Armenien im Konflikt um die Region Bergkarabach, da hier nationale Rechte verletzt werden könnten.



Annette Sawade, Vorsitzende Ausschuss Kirche, Gesellschaft, Öffentlichkeit, Bew. d. Schöpfung.

Beitritt zur Initiative Lieferkettengesetz

Die Synode hat nach intensiver Beratung beschlossen, dass die Landeskirche der Initiative Lieferkettengesetz beitreten soll. Damit könne die Kirche dazu beitragen, dass „das längst fällige Gesetz für die Beachtung menschenrechtlicher Standards in den Lieferketten von Unternehmen auf den Weg und endlich zu einer Beschlussfassung gebracht wird“, so die Ausschussvorsitzende Annette Sawade.

Ein entsprechender Antrag war erstmals bei der Sommersynode 2020 eingebracht und in den Ausschuss für Kirche, Gesellschaft, Öffentlichkeit und Bewahrung der Schöpfung unter Beteiligung des Ausschusses für Mission, Ökumene und Entwicklung verwiesen worden. Auch mit dem OKR fanden seither intensive Gespräche statt.

Die Initiative Lieferkettengesetz ist ein Zusammenschluss zahlreicher Menschenrechts-, Entwicklungs- und Umweltorganisationen. Die Initiative will die Bundesregierung dazu bewegen, durch ein Lieferkettengesetz dafür zu sorgen, dass Unternehmen ab einer gewissen Größe auch bei ihren Standorten und Lieferanten weltweit auf Menschenrechte achten und Umweltzerstörung vermeiden müssen.

Neues Umwelt-Referat beim OKR

Um den Umweltschutz effektiver und sichtbarer in der Landeskirche zu verankern, erhält der OKR ein Referat für Umwelt im Dezernat 8, das dieses Thema künftig auch im Namen tragen wird: Dezernat für Umwelt, Bauwesen, Gemeindeführung, Immobilienwirtschaft. Das bisherige Umweltbüro der Landeskirche geht ins Dezernat 8 über. Das Referat wird in die Finanzplanung für 2021 bis 2025 aufgenommen. Nach drei Jahren soll eine Evaluation der Arbeit des neuen Referats stattfinden.

Die Änderung des ursprünglichen Antrags ist intensiv im Ausschuss für Kirche, Gesellschaft, Öffentlichkeit und Bewahrung der Schöpfung, im Finanzausschuss sowie mit dem Kollegium beraten worden. Dabei wurden zwei weitere Varianten abgewogen: Die Einrichtung einer Stabsstelle beim Direktor des Oberkirchenrats und die Einrichtung eines eigenständigen Dezernats, wie im ursprünglichen Antrag vorgesehen.

Landesbischof Dr. h. c. Frank Otfried July betonte, die Ansiedlung als Referat in Dezernat 8 sei eine gute Lösung, denn Klimaschutz sei ein echtes Querschnittsthema, das die gesamte Kirche beschäftigen müsse.



Bei lebhaften Diskussionen mussten die Vorsitzenden mit der Glocke ans Ende der Redezeit erinnern.



Yasna Crüsemann, Vorsitzende des Ausschusses Mission, Ökumene und Entwicklung.

75.000 Euro für United4Rescue

Im Februar 2020 war bei der konstituierenden Sitzung der Synode dreierlei beantragt worden: der Beitritt der Landeskirche zu United4Rescue, finanzielle Unterstützung sowie ein Aufruf an die Gemeinden, dem Bündnis durch Beitritt und Spenden zu helfen. Der Antrag wurde damals in den Ausschuss für Mission, Ökumene und Entwicklung unter Beteiligung des Finanzausschusses verwiesen. Bereits Anfang Februar hatte Landesbischof Dr. h. c. Frank Otfried July den Beitritt der Landeskirche zu United4Rescue erklärt und die Gemeinden zur Unterstützung aufgerufen.

Yasna Crüsemann, Vorsitzende des Missions-Ausschusses, berichtete, inzwischen seien nach dem Aufruf des Oberkirchenrats rund 40 Kirchengemeinden dem Bündnis beigetreten und hätten 10.000 Euro an Spenden gesammelt.

Auf Vorschlag des Ausschusses für Mission, Ökumene und Entwicklung haben sich auch der Missionsprojekteausschuss und der Finanzausschuss mit dem Antrag auf Unterstützung beschäftigt und bereits Anfang Oktober beschlossen, 75.000 Euro aus dem Ökumenischen Nothilfefonds an United4Rescue ausbezahlen. Damit seien, so Crüsemann, die Ziele des Antrags erreicht.

Im Fokus: Verschwörungsmythen

In der Aktuellen Stunde diskutierten die Synodalen, wie sich die Kirche zu Verschwörungserzählungen rund um Covid-19 positioniert.

Die Synodale Anja Faißt (Friedrichshafen) mahnte, mit den Menschen, die Verschwörungsmythen anhängen, im Gespräch zu bleiben. Laut Siegfried Jahn (Blaufelden) zeigt die Krise, worauf Menschen bauten. Ihr Hoffnungspotential sei erschöpft. Die Pandemie führe viele in die Angst. Die Kirche aber müsse zu Hoffnung beitragen. Die Synodale Maike Sachs (St. Johann-Gächingen) erinnerte daran, welche Kraft Angebote zu Resilienz, Stille und Gebet geben könnten. Angelika Klingel (Heimsheim) sieht einen Angriff auf Grundwerte von Staat und Kirche. Sie sorgt sich um die Ausgegrenzten, die Geschlechterfrage, das Frauenbild. Der Synodale Hans-Ulrich Probst (Tübingen) warnte davor, Verschwörungserzählungen zu unterschätzen; sie gingen mit Gewaltbilligung und -bereitschaft

einher. Die Theorien seien „billige Seelsorge“. Bernd Wetzel (Brackenheim) betonte, dass eine Minderheit die Stärken der Demokratie nutze, um sie zu schwächen. Die Kirche müsse entschlossen aufklären und widersprechen, kritisches Denken und Medienkompetenz fördern. Matthias Hanßmann (Vaihingen an der Enz) verurteilte Vergleiche, die zwischen dem Handeln der Bundesregierung und der NS-Machtergreifung gezogen würden sowie zwischen der Bevölkerung und den Opfern des Nationalsozialismus. Der Synodale Steffen Kern (Walldorfhäslach) wies auf eine erhebliche Polarisierung hin. Pauschale Verdächtigungen kursierten, auch gegenüber dem Pietismus. Die Synodale Christiane Mörk (Brackenheim) sieht die Kirche mit Bildungsarbeit und Friedensbildung gefragt.



Bohnet folgt auf Albrecht

Pfarrer Dr. André Bohnet (Gesprächskreis Evangelium und Kirche) ist für Ralf Albrecht (Gesprächskreis Lebendige Gemeinde) in die Landessynode nachgerückt. Albrecht ist seit September Prälat von Heilbronn. Mit dem Wechsel verschieben sich die Mehrheitsverhältnisse in der Synode: Größter Gesprächskreis ist mit weiterhin 31 Personen nun die Offene Kirche, der Gesprächskreis Lebendige Gemeinde hat nunmehr 30 Stimmen, Evangelium und Kirche 17, Kirche für morgen unverändert 12.

Impressum

Herausgeber: Evangelisches Medienhaus GmbH

Redaktion: Oliver Hoesch (verantwortlich), Pamela Barke, Wenke Böhm, Judith Hammer, Malte Jericke, Mario Steinheil

Fotos: Wenke Böhm

Layout, Herstellung: Evangelisches Medienhaus GmbH, Augustenstraße 124, 70197 Stuttgart

„beraten & beschlossen“ wird nach Tagungen der Landessynode erstellt. Es ist kostenlos zu beziehen bei:

Evangelisches Medienhaus GmbH
Augustenstraße 124, 70197 Stuttgart
Fon 0711 22276-58, Fax 0711 22276-81
kontakt@elk-wue.de www.elk-wue.de



Wer in den Hospitalhof wollte, musste die Stirn hinhalten. Fiebertemperaturen war Pflicht, da gab es auch für Präsidentin Sabine Foth keine Ausnahme.



**EVANGELISCHE LANDESKIRCHE
IN WÜRTTEMBERG**